



„Vernichtende Kritik“

Gesundheitsreform: BDIZ EDI diskutierte mit namhaften Experten

Mehr als 400 Teilnehmer verzeichnete der Bundesverband der implantologisch tätigen Zahnärzte in Europa (BDIZ EDI) während seines zweitägigen Symposiums in München. Hochaktuell und hochkarätig besetzt präsentierte der Implantologenverband zum Auftakt sein berufspolitisches Forum zum Thema „Gesundheitssystem im Umbruch“. Die geladenen Wirtschafts- und Rechtsexperten – darunter die Professoren Oberender, Eekhoff und Sodan – waren sich einig: Den notwendigen Umbruch in Richtung eines finanzierbaren Gesundheitssystems leitet diese Gesundheitsreform nicht ein.



Fotos: BDIZ EDI

Ein finanzierbares Gesundheitssystem braucht das Land: BDIZ EDI-Präsident Christian Berger, Prof. Dr. Dr. Peter Oberender und BLZK-Präsident Michael Schwarz beim berufspolitischen Forum des 10. BDIZ EDI-Symposiums in München

Wirtschafts- und Rechtsexperten wie Prof. Dr. Dr. Peter Oberender aus Bayreuth, Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, Prof. Dr. Helge Sodan aus Berlin, Direktor des Deutschen Instituts für Gesundheitsrecht und Präsident des Verfassungsgerichts Berlin-Land, und Prof. Dr. Johann Eekhoff aus Köln, Mitglied des Consiliums der BZÄK, Direktor des Instituts für Wirtschaftspolitik in Köln und ehemaliger Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, diskutierten mit den zahnärztlichen Vertretern Michael Schwarz, Präsident der Bayerischen Landeszahnärztekammer, Prof. Dr. Dr. Wilfried Wagner von der Universität Mainz, und dem Justiziar des BDIZ EDI, Dr. Thomas Ratajczak, aus Sindelfingen. Einigkeit herrschte bei der Einschätzung, die Gesundheitsreform sei Murks und Flickschusterei. Kontrovers diskutierte der von BDIZ EDI-Präsident Christian Berger moderierte Kreis, wie das Gesundheitssystem zu finanzieren sei.

Schwarz: Finanzprobleme nicht gelöst

Michael Schwarz rief die Zahnärzte auf, zum Wohl ihrer Patienten Stärke zu zeigen und dem Murks nicht länger zuzusehen. „Seit vielen Jahren warten wir auf einen Umbruch. Zwar gehen positive Signale von diesem in-

novativen und dynamischen Wirtschaftsbereich aus. Bietet er doch 4,2 Millionen Beschäftigten – darunter sehr vielen Frauen – gute Arbeitsplätze. Doch die Politik stranguliert den Markt mehr und mehr.“ Statt Anreize für ein weiteres Wachstum zu setzen, drohe eine zunehmende Verstaatlichung des Gesundheitswesens – geprägt von Reglementierung und Überbürokratisierung. Nach Ansicht von Schwarz sind die Finanzprobleme des Gesundheitssystems nicht gelöst. „Die nächste Beitragserhöhung steht bereits wieder ins Haus – und dies vor dem Hintergrund einer öffentlich mehrfach versprochenen Beitragssenkung!“

Oberender: Entstaatlichung notwendig

Für Professor Oberender stellen die bisherigen Versuche der Gesundheitspolitik nur eine Symptombehandlung dar, die letztlich in einer Interventionsspirale ende. „Auch das GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz löst das Problem nicht ursachengerecht.“ Oberender stellte das „Bayreuther Versichertenmodell“ vor, das auf einen ordnungspolitischen Neuanfang setzt und Versicherung und Umverteilung trennt. Das Modell basiert auf einem Kapitaldeckungsverfahren. Die Versicherungsprämien werden marktwirtschaftlich



kalkuliert. Oberender: „Weder ein Kontrahierungszwang und ein Diskriminierungsverbot noch ein Risikostrukturausgleich sind erforderlich. Zur Mobilität der Versicherten ist eine tragfähige Lösung der Mitgabe von individualisierten Altersrückstellungen notwendig.“ Nur durch eine konsequente Entstaatlichung des Gesundheitswesens – bei einem ausreichenden Schutz der Härtefälle – könne ein Weg aus der gegenwärtigen Sackgasse gefunden werden.

Sodan: Verstärkter Trend zur Staatsmedizin

Der Entwurf des GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetzes enthält nach Aussage von Professor Helge Sodan Regelungen, die zu schweren Schäden für die private Krankenversicherung führen. Dies gelte besonders für die verpflichtende Einführung eines Basistarifs mit Kontrahierungszwang für die Versicherer ohne Risikoprüfung sowie für eine pauschale Portabilität von Altersrückstellungen bei einem Wechsel des privaten Versicherers im Umfang des Basistarifs. Sodan: „Das Gesetz wird zusammen mit dem soeben beschlossenen Vertragsarztrechtsänderungsgesetz den jahrelangen Trend zur Staatsmedizin erheblich verstärken. Einige Regelungen erweisen sich sogar als verfassungswidrig. Ein Systemwechsel mit Zukunft ist jedenfalls nicht erkennbar!“

Eekhoff: Privatversicherung für alle

Obwohl die Diskussion noch anhalte, sei abzusehen, dass es auch dieses Mal nicht zu



Prof. Dr. Johann Eekhoff, Köln, Mitglied des Consiliums der BZÄK, Direktor des Instituts für Wirtschaftspolitik in Köln und ehemaliger Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium

einer echten Reform, sondern nur zu kleinen substantziellen Veränderungen kommen werde, so Professor Eekhoff. Es sei deutlich geworden, dass die verschiedenen Systeme nicht sinnvoll ineinander griffen. Er ist der Meinung, dass ein Beitrag zur Lösung der finanziellen Probleme und zur Weiterentwicklung der Systeme darin bestehe, die Umstellung der GKV auf die Prinzipien der PKV zu leisten. Er

fordert ein klares Konzept für eine marktkonforme freiheitliche Krankenversicherung. „Anzustreben ist die Privatversicherung für alle“, sagte Eekhoff. Ein wichtiger Baustein sei, den Wettbewerb innerhalb der PKV zu verbessern, indem die Altersrückstellungen individualisiert und übertragbar gestaltet würden. Eekhoffs These: „Die Ausstattung der GKV mit Altersrückstellungen kostet kein zusätzliches Geld, aber es versetzt diese in die Lage, sofort in den Status einer privaten Krankenversicherung zu wechseln und in den freien Wettbewerb einzutreten.“

Die Wissenschaft hat zu lange geschwiegen

Dr. Thomas Ratajczak entwarf ein düsteres Zukunftsszenario, indem er die Auswirkungen von Vertragsarztrechtsänderungsgesetz und Versicherungsvertragsgesetz plastisch darstellte. Die Einzelpraxis, so sein Resümee, werde es in Zukunft schwer haben. Zum Auftakt des berufspolitischen Forums hatte der Präsident des BDIZ EDI, Christian Berger, an die Prognose der fünf Wirtschaftsweisen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung erinnert. „Vernichtende Kritik“ zitierte er die Überschrift in vielen Zeitungen, und dies bestätigten auch die Referenten und Diskutanten: Die Gesundheitspolitik sei zur Kostendämpfungspolitik verkümmert.

Das zahnärztliche Publikum diskutierte am Ende ausgiebig mit. Ein Teilnehmer fragte, was viele dachten: Wie lange die Zahnärzte es noch aushalten müssten, dass schlechte Politiker über so essenzielle Dinge entscheiden würden. Diese Antwort blieben die Diskutanten zwar schuldig, was aber den hohen berufspolitischen Stellenwert dieser Veranstaltung keinesfalls minderte. Der BDIZ EDI hatte es vermocht, Vertreter aller wissenschaftlichen Disziplinen, die entscheidende Impulse für ein finanzierbares und zukunftsfähiges Gesundheitssystem liefern können, an einen Tisch zu holen.



Prof. Dr. Helge Sodan, Berlin, Direktor des Deutschen Instituts für Gesundheitsrecht und Präsident des Verfassungsgerichts Berlin-Land

Redaktion